

Durchatmen bei der Axpo

Energieversorger wieder in den schwarzen Zahlen, aber Probleme in der Schweiz bleiben

Von Kurt Tschan

Zürich. Gut sechs Milliarden Franken musste das Energiedienstleistungsunternehmen Axpo seit 2010 abschreiben. Im Geschäftsjahr 2015/2016 wurde mit 1,6 Milliarden eine Höchstmarke erreicht. Ein Geschäftsjahr später (2016/2017) zeigt sich so etwas wie ein Silberstreifen am jahrelang verhangenen Axpo-Horizont. Zwar mussten erneut 61 Millionen abgeschrieben werden. Unter dem Strich resultierte jedoch ein Unternehmensgewinn von 310 Millionen Franken. Zum Vergleich: Vor Jahresfrist lag das Minus noch bei rekordhohen 1,252 Milliarden Franken.

Profitabel gewachsen ist das Unternehmen, das sich im Besitz der Nordostschweizer Kantone befindet, im Ausland, wie CEO Andrew Walo gestern bei der Präsentation des Geschäftsergebnisses sagte. Strompreisunabhängige Bereiche wie das internationale Kundengeschäft wirkten sich positiv aus. Voll im Plan lag Axpo auch bei der Umsetzung von Sparmassnahmen.

Das Ziel, in drei Jahren jährlich wiederkehrende Kosten von 200 Millionen Franken einzusparen, sei sogar leicht um sieben Millionen Franken übertroffen worden, sagte Walo: «Diese Summe entspricht mehr als 25 Prozent der beeinflussbaren Kosten.» Insgesamt seien über 200 Einsparprojekte umgesetzt worden, die Beschaffung zentralisiert und die Betriebs- und Instandhaltungskosten reduziert worden. Auch im neuen Geschäftsjahr (2017/2018) drückt der international tätige Energieversorger auf die Spardremse und will weitere 35 Millionen einsparen.

Ausfälle beim Atomstrom

Ein Sorgenkind bleibt dagegen das Geschäft in der Schweiz. Inzwischen ist es so, dass das rentable Auslandsgeschäft das defizitäre Geschäft hierzulande finanzieren muss. «Mit nicht subventionierten Werken verlieren wir Geld. Wo die Subventionen fließen, verdienen wir es», sagte Walo. Sowohl die Kernkraft als auch die Wasserkraft sind längst keine Wachstumstreiber mehr. Die Verluste bei der Wasserkraft bezifferte Walo auf rund 200 Millionen Franken, jene bei den Kernkraftwerk-Beteiligungen auf nahezu 400 Millionen.

Die Schliessung von Block 1 in Beznau kostet jeden Tag 300 000 Franken. Die direkt anfallenden Kosten bezifferte Walo auf 55 Millionen, jene für die Zukäufe von Energie zu Marktpreisen auf 245 Millionen. Tatsächlich muss Axpo die Langfristverträge auch dann einhalten, wenn eine Anlage nicht mehr arbeitet. Ende Februar sollen die Untersuchungen abgeschlossen und der Betrieb, der im März 2015 im Rahmen von planmässigen Revisionsarbeiten unterbrochen wurde, wieder aufgenommen werden. Ultraschallmessungen im Reaktorbehälter hatten Ungleichmässigkeiten beim Material zutage



Krise im Heimmarkt. Wegen schlechter Rahmenbedingungen setzt Axpo-CEO Andrew Walo aufs Ausland. Foto Keystone

gefördert. Diese wurden in der Zwischenzeit behoben.

Sehr teuer ist auch der Ausfall des AKW Leibstadt. «Wir tragen 50 Prozent der Ausfallkosten von täglich einer Million Franken», bestätigte Walo. Zudem könne die Anlage erst im nächsten Jahr wieder zu 100 Prozent betrieben werden, was weitere 14 Millionen Franken an Ausfällen bedeutet. Der ausserplanmässige Stillstand von weiteren 45 Tagen kostete das Unternehmen also 22,5 Millionen Franken. Nichts hält der Axpo-CEO aber davon, die beiden Kernkraftwerke wegen den Pannen vorzeitig stillzulegen. Alleine im Fall von Beznau würden 1,5 Milliarden zusätzliche Kosten anfallen, sollte die Anlage nicht über die geplanten 60 Jahre in Betrieb bleiben. «Rein ökonomisch macht ein Weiterbetrieb Sinn», hielt Walo fest.

Kein Ausverkauf

Während die Ausfälle bei den Kernkraftwerken temporärer Art sind, geht Walo von keiner Entschärfung der Krise bei der Wasserkraft aus. Die regulatorischen Rahmenbedingungen würden den Markt massiv beeinflussen. Die jüngsten Parlamentsbeschlüsse mit der Einführung einer Durchschnittspreisberechnung würden lediglich einen halb offenen Markt weiter zementieren, sagte er. Wenig Hoffnung sieht er auch für das Stromabkommen mit der EU. «Ich hoffe, es kommt noch vor meiner Pensionierung» sagte der 54-Jährige. Seit 2007 habe der Wasserzins im Ver-

gleich zum Marktpreis um 37 Prozent zugenommen. Walo bemängelte, dass die Betriebskosten, die einen Viertel der Gesteuerungskosten ausmachen, in den aktuellen Markt-Preisen nicht weitergegeben werden können. Erneuerungs-Investitionen seien so ein Ding der Unmöglichkeit.

Ein Sorgenkind für Axpo bleiben die Pumpspeicher-Kapazitäten beim Milliarden Projekt Linth-Limmern. Diese dürfen aus rein territorialen Gründen

nicht für den süddeutschen Raum genutzt werden. Dafür plane man in Baden-Württemberg mit umweltschädlicheren Gas-Turbinen.

Vom Tisch ist bei Axpo die Idee, für Unternehmens-Teile Investoren zu suchen. Die Grosshandelspreise hätten sich seit Januar 2016 um 80 Prozent erholt, sagte Finanzchef Martin Schwab. Zudem führe eine Aufsplittung zu Dyssynergien. Gleichzeitig sei die Zahlungsfähigkeit bereits gegeben.

Die Wahrscheinlichkeit eines Blackouts steigt

Zürich. Am 24. Januar 2017 wäre es in Mitteleuropa fast zu einem Stromausfall gekommen. Wie der Energieversorger Axpo in seinem gestern veröffentlichten Geschäftsbericht schreibt, habe an diesem Tag «Dunkelflaute» geherrscht. Dieses hatte einen fast kompletten Ausfall von Solar- und Windproduktion zur Folge. Bereits morgens um neun Uhr überstieg der Verbrauch in Deutschland die eigene Produktion. Weil die Wetterlage grossflächig dieselbe war und gleichzeitig Teile des französischen Kernenergieparks ausfielen, mussten sämtliche Nachbarstaaten Strom importieren. Ein mögliches Blackout habe nur durch Importe aus Skandinavien verhindert werden können, heisst es bei Alpiq. Mit dem Wegfall der Nuklearflotte in Deutschland in den nächsten fünf Jahren verstärkte sich die Versorgungs-

lücke bei «Dunkelflaute» noch erheblich. Das Beispiel zeigt gemäss Axpo, «dass wir uns niemals auf unsere Nachbarn verlassen sollten». Auch Frankreich könne bei Eigenbedarf die vertraglichen Lieferungen aussetzen. Es bestehe «kein Zweifel» daran, dass auch die anderen Nachbarländer im Extremfall einen EU-Drittstaat wie die Schweiz zuletzt beliefern würden. Gemäss EU-Regularien müssten sie dies sogar. Durch das Abschalten der AKW werde die Schweiz einen Drittel ihrer Eigenversorgung verlieren. Der Eigenversorgungsgrad sinke dadurch von 80 Prozent (Jahr 2020) auf 50 bis 60 Prozent im Jahr 2035. Dabei handle es sich um eine Jahresbetrachtung. Im Winter sehe die Situation viel dramatischer aus. Heute liefere die Kernenergie in der kalten Jahreszeit bis zu 70 Prozent des Tagesbedarfs. kt

Schulterchluss in der Forschung

Idorsia und Roche spannen bei Krebs-Immuntherapie zusammen

Allschwil. Das von Actelion abgespaltene Pharmaunternehmen Idorsia geht eine Forschungszusammenarbeit mit Roche auf dem Gebiet der Krebs-Immuntherapie ein. Ziel sei es, die neue Wirkstoffklasse von Idorsia voranzubringen, teilte Idorsia gestern mit. Die Wirkstoffklasse stelle einen vielversprechenden neuen Ansatz in der Krebs-Immuntherapie dar. Die beiden Firmen werden im Rahmen eines gemeinsamen Ausschusses, dessen Vorsitz Idorsia innehat, an der Erforschung von Produkten arbeiten.

Roche leistet eine Vorauszahlung in Höhe von 15 Millionen Franken an Idorsia. Gegen Zahlung von weiteren 35 Millionen Franken nach Ablauf eines festgelegten Zeitraums erhält der Basler Pharmariese eine Option auf die exklusiven Lizenzrechte für Wirkstoffe von Idorsia und für Wirkstoffe, die sich aus dieser Zusammenarbeit ergeben. Nach der Ausübung des Optionsrechts erhält Roche das exklusive, weltweite Recht zur Entwicklung und Vermarktung von Wirkstoffen von Idorsia aus dieser Kooperation. Im Gegenzug hat Idorsia Anspruch auf einmalige Meilensteinzahlungen von bis zu 410 Millionen Franken für Entwicklungs- und Registrierungsaktivitäten. SDA

Rettung für Fogal in Sicht

Investoren kaufen Strumpfmärke

Zürich. Für die pleite gegangene Strumpfmärke Fogal zeichnet sich ein Neustart ab: Eine Investorengruppe unter der Führung des Schweizer Edouard Burrus kaufte die Firma bei deren Versteigerung. In einem gestern publizierten Communiqué schreibt die Investorengruppe, die Übernahme sei im Rahmen ihrer Strategie der Erhaltung und Wiederbelebung «ikonischer Marken» und deren Know-how erfolgt. Die neue Marke soll den Namen Fogal 2.0 tragen. Über den Kaufpreis wurden keine Angaben gemacht.

Der Zürcher Bademodellhersteller und Fogal-Besitzer Lahco hatte im Oktober Konkurs angemeldet und beim Bezirksgericht Meilen (ZH) die Bilanz deponiert. Die Übernahme betreffe jedoch bloss die Marke Fogal sowie eine Filiale in Zürich Stadelhofen mit deren vier Angestellten, wie die Marketingverantwortliche des neuen Unternehmens, Karina Stump, auf Anfrage präzisierte.

Das Bademodelllabel Lahco wurde 1922 gegründet. Fogal wurde 1921 von Léon Fogal gegründet und eröffnete 1923 die erste Boutique in Zürich. Fogal war ab 2009 im Besitz der Gaydoul-Gruppe von Denner-Erbe Philippe Gaydoul. Er verkaufte sie 2015 an das Schweizer Bademode-Unternehmen Lahco. Auslöser der finanziellen Schwierigkeiten war der unerwartete Tod des ehemaligen Kleinaktionärs Eberhard von Koerber im August. SDA

Schweizer Banker angeklagt

Vorwurf der Geldwäscherei an Ex-BSI-Mitarbeiter

Zürich/Brasilia. Die Brasilianische Generalstaatsanwaltschaft hat einen ehemaligen Banker der inzwischen von der EFG übernommenen Tessiner BSI-Bank angeklagt. Dem Spanisch-Schweizerischen Doppelbürger wird Geldwäscherei von 21,7 Millionen Dollar Bestechungsgeldern im Umfeld des Petrobras-Skandals vorgeworfen.

Der Vermögensberater wurde Ende November am Flughafen Sao Paulo, wo von der Schweizer aus eingetroffen war, festgenommen. Derzeit befindet er sich in Haft im brasilianischen Curitiba.

In Petrobras-Skandal verwickelt

Die Petrobras-Schmiergelder liefen unter dem Codenamen Lava Jato (engl. Car Wash). In den Petrobras-Skandal waren zahlreiche Geschäftsleute und Politiker verwickelt. Baukonzerne sollen Schmiergelder an den Öriesen bezahlt haben und dieser wiederum zahlte Bestechungsgelder an Politiker.

Zu den Kunden des Vermögensberaters, der in Zofingen (AG) zur Schule ging, zählte unter anderem der frühere Parlamentspräsident Eduardo Cunha – der profilierteste Politiker im Petrobras-Skandal. Er erhielt wegen der Annahme von Schmiergeld eine Gefängnisstrafe von 15 Jahren.

Laut der Generalstaatsanwaltschaft wusste der Ex-BSI Banker, dass es sich bei den Geldern von Cunha um Bestechungsgeld handelte. Er habe die illegale Transaktion mit falschen Informationen gegenüber der Bank verschleierte. Die Tessiner BSI-Bank war neben dem Petrobras-Skandal auch in den Geldwäschereiskandal um den malaysischen Staatsfonds 1MDB involviert. Sie wurde letztes Jahr von der Privatbank EFG International übernommen.

Der Ex-BSI-Angestellte habe nie für die EFG gearbeitet, gab die EFG-Sprecherin auf Anfrage bekannt. SDA

Den Rank gefunden

Die Mehrheit der Lehrabbrecher findet rasch eine neue Stelle

Neuenburg. Jeder vierte Lehrvertrag in der Schweiz wird vorzeitig aufgelöst. Die grosse Mehrheit der betroffenen Jugendlichen findet aber rasch einen neuen Ausbildungsplatz. Rund 60 500 Lernende haben im Sommer 2012 eine berufliche Grundbildung begonnen. Davon brachen bis Ende letzten Jahres 12 500 oder gut ein Fünftel die Lehre vorzeitig ab. Das zeigen erstmals erhobene gesamtschweizerische Daten, die das Bundesamt für Statistik (BFS) gestern veröffentlicht hat.

Da manche Jugendliche mehrere Lehren abbrechen, ist die Anzahl aufgelöster Verträge mit knapp 15 000 etwas höher. Entsprechend liegt die Auflösungsquote bei 25 Prozent. Mehr als die Hälfte der Lehrverhältnisse gehen im ersten Jahr in die Brüche, knapp ein Drittel im zweiten Lehrjahr. Lehrlinge werfen öfter den Bettel hin als Lehrtöchter, ausländische Lernende tun es häufiger als ihre Schwei-

zer Kollegen. Nach Branchen betrachtet, gibt es im Coiffeur- und Gastgewerbe mit über 30 Prozent die höchsten Abbruchquoten. In Wirtschaft und Verwaltung, Chemie sowie Gesundheits- und Sozialwesen sind diese nicht einmal halb so hoch.

Wiedereinsteiger bei 62 Prozent

Markante Unterschiede zeigen sich auch zwischen den Grossregionen. Während in der Ostschweiz nur jeder sechste Lehrvertrag frühzeitig aufgelöst wird, ist es im Tessin und in der Genferseeregion nahezu jeder dritte.

Von den 12 500 Lehrabbrechern haben gemäss der BFS-Erhebung fast 9 700 (78 Prozent) bis Ende 2016 eine neue berufliche Grundbildung begonnen, ein grosser Teil gleich unmittelbar nach Vertragsauflösung. Nach einem Jahr erreicht die Wiedereinstiegsquote bereits 62 Prozent, am Ende des zweiten Jahres 73 Prozent. SDA

ANZEIGE